

Liste der Straßenumbenennungen in Berlin mit antikolonialem und antirassistischem Hintergrund

Groebenufer → May-Ayim-Ufer

Nachtigaiplatz → Manga-Bell-Platz

Lüderitzstraße → Cornelius-Fredericks-Straße

(2018/2024) Petersailee → Maji-Maji-Allee

(2018/2024) Petersailee → Anna-Mungunda-Allee

Maerkerweg → Maria-Rimkus-Weg

(2022/2022) Wissmannstraße → Baraschstraße

(2019/2024) Manteuffelstraße → Audre-Lorde-Straße

(2021/2025) Nettelbeckplatz → Martha-Ndumbe-Platz

Beispiele für koloniale Kontinuitäten im Berliner Stadtraum

im Jahr 2011 an der Lans-, Taku- und Iltisstraße eine historische Informationsstele ein, die die Rolle

Pekinger Platz, Samoastraße, Kiautschoustraße → Samoa- und Kiautschoustraße wurden 1905 nach deutschen Kolonien im asiatisch-pazifischen Raum benannt. Der Pekinger Platz sollte an die "Heldentaten" der deutschen und alliierten Truppen 1900 in Peking erinnern. Diese Praxis war Teil der imperialistischen Kultur und Ideologie jener Zeit und sollte einerseits den deutschen Machtanspruch über weite Teile der Welt symbolisieren und andererseits die Unterstützung der Bevölkerung für die koloniale Expansion stärken. Im Sprengelkiez beschäftigt sich seit einigen Jahren ein Projekt mit der Aufarbeitung der kolonialen Geschichte des Kiezes. Mehr zum Projekt "Spurensuche Kolonialer Sprengelkiez": https://demokratie.sprengelhaus-wedding.de/wp-content/ uploads/2022/11/Spurensuche_Handbuch_10mb.pdf

Welserstraße, **Fuggerstraße** → Die Dynastien der Welser und der Fugger spielten in der deutschen Handelsgeschichte des frühen 16. Jahrhunderts eine zentrale Rolle: Beide Kaufmannsfamilien waren sowohl am transatlantischen Versklavungshandel als auch an der wirtschaftlichen Ausbeutung (und damit einhergehend an der Versklavung, Ausbeutung und Ermordung der indigenen Bevölkerung) Amerikas beteiligt. Im Jahr 1528 übertrug der spanische König Karl V. den Welsern, einer mächtigen Augsburger Handelsfamilie, die Kontrolle über die Provinz Klein-Venedig (das heutige Venezuela). Somit übte die Familie Welser eine direkte Kolonialherrschaft über einen Teil von

Windhuker Straße, Swakopmunder Straße, Damarastraße → Diese Straßen stehen beispielhaft für die insgesamt 25 Straßen, die zwischen 1899 und 1958 im Wedding ("Afrikanisches Viertel") nach afrikanischen Ländern, Städten, Flüssen und kolonialen Akteuren benannt wurden. Sowohl die Windhuker Straße als auch die Swakopmunder Straße verwei<mark>sen auf</mark> Städte in der da<mark>maligen Kolonie</mark> Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia), in denen während des Völkermords auch Konzentrationslager existierten. Sie wurden 1910 benannt, also unmittelbar nach dem deutschen Völkermord an den Ovaherero, Nama, Damara und San. Im Jahr 1937 wurde die Damarastraße benannt.

An diesem Beispiel zeigt sich die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum: Straßennamen müssen genutzt werden, um dezentrale Lern- und Erinnerungsorte zu schaffen. Hier beispielhaft dargestellt am Projekt der Schwarzen Volkshochschule Berlin Mitte Lernund Erinnerungsort Afrikanisches Viertel (http://www.3plusx.de/leo-site/).

Woermannkehre → Adolph Woermann trieb als Reichstagsabgeordneter den deutschen Kolonialismus maßgeblich voran. Die ihm gehörende Woermann-Linie und andere Gesellschaften, an denen er beteiligt war, profitierten massiv vom Handel mit den Kolonien. Um die gesamte Handelskette unter seine Kontrolle zu bringen, heuerte Woermann eine Söldnertruppe an und verdiente am Transport deutscher Kolonialsoldaten nach Deutsch-Südwestafrika, die den Völkermord durchführten. Es gab bereits Gespräche über eine Namensänderung – aufgrund eines Firmensitzes und der damit verbundenen Schwierigkeiten bei Patentummeldungen wurde auf eine Umbenennung verzichtet. Die Firma hat zugesagt, eine Informationstafel zu finanzieren, die über den Namensgeber aufklärt. Passiert ist

Robert-Koch-Straße → Die Straße ist nach dem berühmten Mediziner benannt, der wichtige Teile seiner Forschung in Kolonien durchführte. Koch steht beispielhaft für die tiefgreifenden kolonialen Verstrickungen der Wissenschaften, darunter der Medizin. Dass sein Erfolg auf Versuchen an Menschen im Globalen Süden basierte, wird jedoch kaum thematisiert. Weil sich in Deutschland Widerstand gegen die Forschung Kochs formierte, errichtete er in der Kolonie "Deutsch-Ostafrika" ein sogenanntes Schlafkrankenlager, in dem afrikanische Menschen als "Versuchsobjekte" für Medizinforschung missbraucht wurden. Noch immer werden in Europa, in Deutschland und auch in Berlin Menschen im öffentlichen Raum für ihre Taten geehrt, ohne das Leid, das sie über Menschen anderer Kontinente brachten, zu bedenken und zu erzählen. Diese Geschichte zu erfahren, gesellschaftliche Normen zu hinterfragen – auch das ist Teil des Globalen Lernens.



Dekolonisierung als Prozess zur Veränderung des öffentlichen Raums

Die Geschichte des deutschen Kolonialismus ist eine Geschichte von Gewalt und Versklavung, aber auch von Widerstand und Empowerment, die sichtbare und unsichtbare Spuren im Stadtbild, dem Staatsverständnis und in der Gesellschaft hinterlassen hat. Und das nicht nur in ehemals kolonisierten Gebieten, sondern auch in Deutschland. Daher wird das Unrechtsssystem Kolonialismus auch als Begegnungs- und Verflechtungsgeschichte verstanden. Im öffentlichen Raum zeigt sich das in Straßennamen, Denkmälern, Gebäuden und Institutionen – sie sind Teil der (de)kolonialen Topografie Berlins.

Gerade viele Straßennamen mit kolonialen Bezügen wurden erst während der NS-Diktatur im Rahmen ihrer politisch-ideologischen Agenda umbenannt. Damit knüpften sie an imperialistische Traditionen an, um ein nationales Bewusstsein zu schaffen und das rassistische Weltbild der Nazis zu untermauern und den Kolonialismus zu verherrlichen









Was für eine Bedeutung haben Straßennamen?

Straßennamen dienen der Orientierung im Stadtraum, spiegeln aber auch das Geschichtsverständnis der Gesellschaft wider. Historisch bedeutsame Personen, Orte und Ereignisse werden durch die Benennung von Straßen im kollektiven Gedächtnis verankert und gewürdigt. Sie zeigen Werte und Ideale auf, die eine Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt prägen. Somit haben Straßennamen eine erinnerungspolitische Funktion: als sichtbare Zeichen kollektiver Erinnerung von Geschichte im öffentlichen Raum. Wenn Straßennamen Kolonialverbrecher ehren oder Rassismus im öffentlichen Raum fortschreiben, sind sie Zeugnisse der kolonialen Gegenwart. Diese Gegenwart zu dekolonisieren, dafür setzen sich Aktivist*innen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen seit Jahrzehnten ein. Ihr Ziel ist es, einen demokratischeren, inklusiveren und frei von Diskriminierung geprägten öffentlichen Raum zu

Sie fordern:

- ▶ Keine Ehrung von Kolonialverbrechern und Versklavungshändlern durch Straßennamen - hier muss eine Umbenennung erfolgen!
- ▶ Würdigung von Persönlichkeiten des antikolonialen Widerstands, Opfer von Kolonialismus und Rassismus, aber auch widerständige Ereignisse (wie der Maji-Maji-Krieg)
- Perspektivwechsel durch eine Kontextualisierung und kritische Kommentierung der Geschichte der Straße und des Ereignisses/der Person, an die sie erinnert (zum Beispiel Infotafeln, QR-Codes, Audio-Guides)
- ▶ Diese Kommentierung braucht es auch für Straßennamen, die koloniale Bezüge haben (zum Beispiel Namen die auf gewaltsam angeeignete Gebiete verweisen - Togostraße - oder die an Militäroperationen erinnern -Iltisstraße), unabhängig davon, ob sie umbenannt werden oder nicht

Hier geht es zu einer Übersicht von bundesdeutschen Städten und Ortschaften, in denen koloniale Straßennamen zu finden sind: http://www.freedom-roads.de



Rechtlicher Rahmen für Umbenennungen

Den rechtlichen Rahmen für Umbenennungen regelt in Berlin das Straßengesetz.

Umbenennungen sind laut Ausführungsvorschriften Paragraf 5 des Berliner Straßengesetzes zulässig, wenn so Doppelungen/Mehrfachnennungen beseitigt werden, oder "zur Beseitigung von Straßennamen [...] mit Bezug auf den Kolonialismus, sofern die Straßen nach Wegbereitern und Verfechtern von Kolonialismus, Sklaverei und rassistisch-imperialistischen Ideologien oder nach in diesem Zusammenhang stehenden Orten, Sachen, Ereignissen, Organisationen, Symbolen, Begriffen oder ähnlichem benannt wurden."

Quelle: Berlin: Ausführungsvorschriften zu § 5 des Berliner Straßengesetzes (AV Benennung) der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. Geändert am 1. Dezember 2020





Was nicht passieren sollte

Straßennamen, die koloniale Verbrecher ehren, sollten NICHT umgewidmet oder lediglich kontextualisiert werden.

Widerständige Perspektiven, die im öffentlichen Raum kaum repräsentiert sind, müssen sichtbar werden. Das heißt, Personen oder Ereignisse hervorzuheben, die sich gegen den deutschen oder europäischen Kolonialismus zur Wehr gesetzt haben. Statt Täter zu ehren, sollte der Widerstand gewürdigt und der Opfer gedacht werden.

Straßennamen, die koloniale Verbrecher ehren, sollen NICHT durch Namen ersetzt werden, die keinen Bezug zum kolonialen Kontext haben.

Stattdessen soll der Bezug zur Kolonialzeit erhalten bleiben, jedoch mit einer Umkehr der Erinnerung. Dieser Perspektivwechsel bedeutet, dass bisher wenig beachtete Aspekte der Kolonialgeschichte, insbesondere der Widerstand gegen Kolonialismus und Rassismus, in das kollektive Bewusstsein gerückt werden sollen – etwa durch die Würdigung von Widerstandskämpfer*innen oder Widerstandsbewegungen.

Durch das Sichtbarmachen von Widerstand im öffentlichen Raum werden von Kolonialismus und Rassismus negativ betroffene Menschen in ihrem Kampf für eine andere, gleichberechtigte und freie Gesellschaftsordnung gewürdigt

NICHT nur Teile einer Straße umbenennen!

Es sollte möglichst immer die komplette Straße umbenannt werden. Es ist politisch nicht nachvollziehbar, nur Teile einer Straße mit problematischem Namen zu ändern. Zudem verursacht eine Teilumbenennung einen höheren Verwaltungsaufwand, da in diesem Fall beispielsweise auch Hausnummern geändert werden

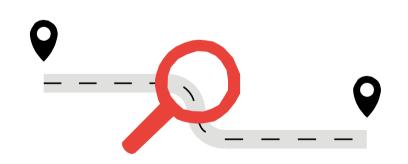
Es ist unbedingt sicherzustellen, dass die Information über die Umbenennung rechtzeitig an die Anwohner*innen und die Poststelle weitergegeben wird, und zwar vor der offiziellen Umbenennung, zum Beispiel durch Einwurf, Pressemitteilungen, Flyer oder Plakate.

Beteiligungsformate wie Jurys/runder Tisch/Entscheidungsgremium sollten NICHT nur aus Anwohner*innen und Verwaltung bestehen – die Jury sollte die Diversität der Stadt repräsentieren!

Es geht um eine gesamtstädtische Frage der Erinnerung und Ehrung – daher sollte die Stadtgesellschaft in ihrer Gesamtheit beteiligt werden.

Öffentliche Beteiligung bei Umbenennungsprozessen: Wichtige Schritte im Überblick

Bei der Umbenennung von Straßen gibt es unterschiedliche Vorgehensweisen - zum Teil werden politische Entscheidungen ohne Beteiligung der Öffentlichkeit getroffen, zum Teil werden breit angelegte Beteiligungsformate entwickelt und durchgeführt.



Identifizierung von Straßennamen

Identifizierung von Straßennamen, die Ereignisse, Personen und Orte beschreiben, die im kolonialen Kontext entstanden sind, von Personen, die koloniale Verbrechen begangen haben oder Personen und Personengruppen, die im kolonialen Kontext aktiv waren und die koloniale Expansion vorangetrieben haben. Dies kann durch Gutachten oder von Organisationen oder Privatpersonen identifiziert werden.

Oft sind es zivilgesellschaftliche Akteure oder Privatpersonen, die auf Politik und Verwaltung zugehen, um eine Umbenennung anzustoßen. Es gibt teils langjährige Forderungen aus der Zivilgesellschaft, Straßennamen zu ersetzen, die Personen ehren, die koloniale Verbrechen begangen haben oder vom kolonialen System profitiert haben. Diese Initiator*innen und ihre Institutionen sollten auch im weiteren Prozess beteiligt werden.









DENKMÄLERN IN BERLIN

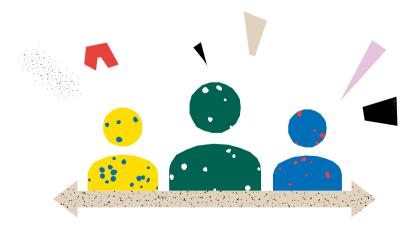


Antragstellung

Eine Straßenumbenennung kann von verschiedenen Stellen angeregt werden, zum

- ► Bürger*innen oder Anwohner*innen
- ▶ Initiativen, Vereinen oder politischen Gruppen ▶ kommunalen Verwaltungen und Parlamenten, in Berlin:
- Bezirksämter und Bezirksverordnetenversammlungen (BVV)

Ein Antrag auf Umbenennung wird meist schriftlich bei der zuständigen Behörde (zum Beispiel dem Bauamt oder Stadtentwicklungsamt, in Berlin: das bezirkliche Grünflächen- und Straßenbauamt) eingereicht und sollte eine Begründung enthalten.



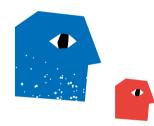
Politische Entscheidung

Die Entscheidung zur Umbenennung liegt auf kommunaler Ebene (in den Stadtstaaten auf Bezirksebene). Es wird von den gewählten Abgeordneten initiiert und von der Verwaltung durchgeführt.

Obwohl ein Beteiligungsprozess gesetzlich nicht erforderlich ist, ist es sinnvoll, Informationsarbeit zur Notwendigkeit der Umbenennung zu leisten. Dies trägt zur Transparenz von Entscheidungsprozessen bei und fördert die kulturpolitische und historische Auseinandersetzung mit Straßennamen. Dies gelingt durch konkrete Dialogangebote und Nachbarschaftsveranstaltungen, durch Aktionen im öffentlichen Raum und durch online zugängliche Informationen und Informationsmaterial

Best Practice: Die Entscheidung für ein Jury-Verfahren hat sich als erfolgreich erwiesen, da es die Teilhabe von Zivilgesellschaft, Selbstorganisationen und Anwohner*innen fördert und die demokratische Mitgestaltung in der Stadt stärkt. Dabei ist es besonders wichtig, dass zivilgesellschaftliche, diasporische, migrantische und marginalisierte Gruppen sowie deren Selbstorganisationen vertreten sind.





Einbeziehung der Öffentlichkeit

Für eine Beteiligung haben sich Formate wie Jurys, Arbeitskreise, Anhörungsrunden mit Anwohner*innen und runde Tische bewährt. Sie haben das Ziel, alternative Straßennamen für die Umbenennung zu sammeln.

Best Practice: Eine Sammlung von Namensvorschlägen mit Begründung durch die breite Öffentlichkeit ist sinnvoll. wobei es empfehlenswert ist. den Rahmen der Umbenennung zu skizzieren. um Geschichte nicht unsichtbar zu machen: Straßennamen, die einen Perspektivwechsel auf den Kontext des bisherigen Namensgebers ermöglichen (zum Beispiel antikolonialer

Verbindliche Absprachen darüber, wie Formate gestaltet und Entscheidungen getroffen werden, zum Beispiel im Bezug auf Kriterien oder Verbindlichkeit:

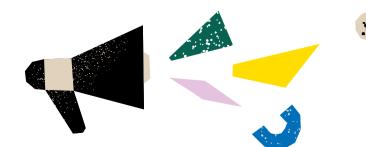
▶ Eine Jury erarbeitet Vorschläge, die den Entscheidungsträger*innen vorgelegt werden.





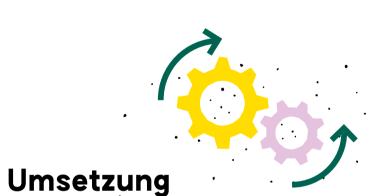
Beschlussfassung

Nach der Beratung und gegebenenfalls der Einbeziehung der Öffentlichkeit wird eine Entscheidung getroffen. Kommunalpolitiker*innen beschließen die Umbenennung der Straße und beauftragen die Umsetzung.



Bekanntgabe

Die Entscheidung zur Umbenennung muss im Amtsblatt veröffentlicht werden (mindestens drei Monate, bevor sie wirksam wird). Allerdings ist es sinnvoll, den neuen Namen auch über öffentliche Kanäle und Briefe an Anwohner*innen bekannt zu machen und über den zeitlichen Ablauf der Umsetzung zu infor-



Sobald der Beschluss gefasst ist, erfolgt die praktische Umsetzung durch die Verwaltung, das bedeutet:

▶ Austausch der Straßenschilder durch die Stadt oder Gemeinde

- ▶ Adressänderungen: Anwohner*innen und Unternehmen müssen ihre Adressen ändern, und die neuen Straßennamen müssen in alle relevanten öffentlichen Verzeichnisse (zum Beispiel Post, Polizei, Katasterämter) aufgenommen werden. Die dabei anfallenden Kosten können von den Ämtern erlassen werden – auch das erhöht die Akzeptanz.
- ▶ Meldung an Behörden: Finanzämter, Einwohner*innenmeldeämter und andere Institutionen werden über die Änderung informiert.

Best Practice: Im Prozess sollte klar sein, dass etwaige Kosten für die Anwohner*innen vom Bezirk getragen werden. In manchen Fällen werden extra Termine im Bürgeramt für die Ummeldung eingerichtet.



Neu erinnern - Lernorte schaffen

Umbenennungen sind ein erster Schritt zu einer kritischen Auseinandersetzung. Straßennamen regen die Auseinandersetzung mit Fragen der Demokratisierung des öffentlichen Raums an und sind Ausgangspunkt für eine Beschäftigung mit der Person oder dem Thema. Für viele Aktivist*innen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen geht das Engagement nach dem Austausch der Straßenschilder weiter: Der neue Straßenname soll als Lernort genutzt werden. Beispiele hierfür sind Informationsstelen, die Förderung politischer Bildungsprojekte oder die Erstellung digitaler Karten, wie im Fall des Afrikanischen Viertels.

Best Practice: Die Umbenennung sollte genutzt werden, um direkt über den neuen Straßennamen zu informieren, z.B. durch Infotafeln, Bildungsmaterialien, Audioguides oder Veranstaltungen.







